

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE

Wir können stolz sein!

Fast einstimmige Zustimmung im Stadtrat für Ukraine-Resolution

VON PETER KRÜGER,
CDU-FRAKTIONS-VORSITZENDER



Eine der wichtigsten Entscheidungen der ersten März-Stadtrats-sitzung war die Verabschiedung der Resolution gegen den Krieg in der Ukraine. Oberbürgermeister Dirk Hilbert hatte die Erklärung als Eilvorlage eingebracht.

Darin heißt es u.a.: „Wir nehmen Menschen auf, die vor dem Krieg fliehen, und werden diese bestmöglich versorgen und unterbringen ... Wir werden die notwendigen ... Beschlüsse fassen, um dieser Herausforderung angemessen von Seiten der Stadt zu begegnen.“

Am Ende wurde die Resolution bei einer Einhaltung gebilligt. Wir können stolz auf diese Leistung als Stadtgesellschaft sein. Für uns hat diese sehr breite Zustimmung quer durch die Fraktionen einen hohen Stellenwert. Es ist ein wichtiges Signal auch an die ukrainische und russische Bevölkerung

Auch das Bekenntnis zur Städtepartnerschaft zu St. Petersburg ist ein wichtiger Aspekt der Resolution. Es ist kein Krieg der Bevölkerung, sondern der eines Diktators. Die im Stadtrat noch eingebrachte Ergänzung, den St. Petersburger Bürgermeister in die Pflicht zu nehmen, ist aber auch richtig und notwendig. Er soll



mit seinen politischen Möglichkeiten darauf hinwirken, diesen sinnlosen, blutigen Krieg zu beenden und die friedlichen Demonstranten zu unterstützen. Das ist gelebte Städtepartnerschaft. Zunächst hatte die Fraktion der Bündnisgrünen einen nicht akzeptablen Entwurf vorgelegt. Dies wäre jedoch ein nicht zustimmungsfähiger Schnellschuss mit parteipolitischen Formulierungen

gewesen, der der Thematik absolut nicht gerecht geworden wäre.

Vor allem das Bekenntnis zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg und den dort lebenden Menschen unterstützen wir.

Peter Krüger,
CDU-Fraktionsvorsitzender
peter.krueger@stadtrat.dresden.de

ÖPNV-Beschleunigung in Dresden mit Augenmaß

Autofahrer dürfen nicht die alleinigen Melkkühe der Verkehrswende werden

© wikimedia.org/X-Weinzar



VON VEIT BÖHM,
BAU- UND VERKEHRSPOLITIKER
CDU-FRAKTION



Bau- und Verkehrsbürgermeister Stephan Kühn (B'90/Grüne) ist in der Lokalpresse sehr präsent mit Erklärungen, wie er den Straßenverkehr künftig ausrichten will. Mittels „verkehrsrechtlicher Anordnung“ (also am Stadtrat vorbei) will der Bürgermeister an mehreren Stellen im Stadtgebiet den ÖPNV zum Nachteil der anderen Verkehrsteilnehmer beschleunigen. Auf der Marienbrücke oder der Tolkewitzer Straße sollen die Autos stellenweise die Gleise nicht mehr befahren dürfen. In Altcotta se-

hen die Pläne eine eigene Busspur auf dem Flügelweg und der Tonbergstraße vor, wofür Parkplätze wegfallen sollen. Auch auf der Maxim-Gorki-Straße werden radikal Parkplätze gestrichen. Auch wir Stadträte erfahren von den Plänen aus der Zeitung. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Rathaus und DVB massive Eingriffe in den Straßenverkehr planen, ohne die Stadträte oder Stadtbezirksbeiräte beteiligen zu wollen. Das schürt Misstrauen und ist der Sache nicht dienlich. Grundsätzlich unterstützen wir sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV in Dresden. Dazu gehört auch eine höhere Fahrtgeschwindigkeit. Allerdings braucht es bei der Umsetzung der konkreten Maßnahmen Augenmaß mit Blick auf alle Verkehrsteilnehmer.

Es ist nicht im Sinne der Sache, wenn für zwei Minuten Fahrzeiterparnis von Bus und Bahn vielerorts massive Stausituationen erzeugt werden. Dadurch wird keine Akzeptanz für die ÖPNV-Beschleunigung geschaffen.

Wir fordern, dass, bevor solche Maßnahmen umgesetzt werden, entsprechende Verkehrs- und Parkraumuntersuchungen vorgenommen und die Ergebnisse dem Stadtrat vorgelegt werden. Dies betrifft insbesondere schon jetzt problematische Stellen, wie

- Schiller- und Körnerplatz
- Stauffenbergallee
- Fetscherstraße
- Flügelweg
- Maxim-Gorki-Straße
- Tolkewitzer Straße

Es müssen die Auswirkungen für Verkehrsverlagerungen in die Umgebung (Schleichverkehr), die Folgewirkungen für andere Knotenpunkte und nicht zuletzt die Belange der Anwohner berücksichtigt werden.

Wir vertreten die Auffassung, dass nicht, wie es Stephan Kühn plant, negative ‚Anreize‘ für den Autoverkehr, sondern vielmehr positive Anreize für Bus, Bahn und Fahrrad gesetzt werden sollen. Also eine Steigerung der Attraktivität statt eine Behinderung von Alternativen.

Wenn man Bus und Bahn wirklich deutlich beschleunigen will, dann muss man zuallererst die zahlreichen Langsamfahrstellen aufgrund des schlechten Zustands von Straßen und Gleisen beseitigen.

Insgesamt erfordern die Maßnahmen deutlich mehr fachliches Engagement und eine andere Prioritätensetzung.

Veit Böhm,
Bau- und Verkehrspolitiker CDU-Fraktion
veit.boehm@stadtrat.dresden.de

Eltern können ohne Angst Kita-Beitragsbescheide öffnen

Generationsgerechtigkeit und keine Einschnitte bei Betreuungsqualität

VON MATTHIAS DIETZE,
BILDUNGSPOLITISCHER SPRECHER
CDU-FRAKTION



Das Rathaus hatte ursprünglich eine massive Erhöhung der Elternbeiträge für Dresdner KiTas geplant. Hintergrund sind stark steigende Betriebskosten und die formale Anpassung an das Gute-KiTa-Gesetz des Bundes. Die haushaltstragenden Fraktionen (außer unserer Fraktion die FDP, Grüne, SPD und Linke) haben sich auf einen elternfreundlichen Kompromiss und mittelfristigen Fahrplan für die Beitragsentwicklung verständigt:

- ab 2023 weitgehend konstante Elternbeiträge durch einen Dämpfungsfaktor

- zum 1. September 2022 einmalige, moderate Beitragserhöhung um 6 Euro in allen Einrichtungsarten
- Abrücken von den gesetzlich zulässigen Höchstbeiträgen und damit teilweise deutliche Entlastung der Eltern
- Beitragserlass von 15% für Alleinerziehende

Die gefundene Regelung schafft sowohl für die Familien als auch für die Stadt Planungssicherheit und senkt die Beteiligung an den stark gestiegenen Betreuungskosten spürbar ab.

Die neue Elternbeitragsatzung sorgt außerdem für mehr "Generationsgerechtigkeit", da vor allem Familien mit Krippenkindern von der neuen Regelung profitieren. Ursprünglich hatte das Rathaus eine Erhöhung um 65 € geplant. Die Geburt eines neuen Familienmitgliedes ist eben immer auch mit Kosten verbun-

den. So muss nicht nur die neue Ausstattung bezahlt, sondern häufig auch die Wohnsituation verändert werden. Eine finanzielle Entlastung ist zu diesem Zeitpunkt wichtig und hilfreich.

Trotz der deutlich höheren Kosten für die Stadt, kann die hohe Qualität bei der Kinderbetreuung aufrechterhalten werden. Insbesondere wird Dresden weiterhin die 10. und 11. Stunde anbieten, sowie den besseren Betreuungsschlüssel in Einrichtungen mit starker sozialer Belastung aufrechterhalten.

Ursprünglich sollte die neue Elternbeitragsatzung am 3. März vom Stadtrat beschlossen werden, leider fiel das Thema der übervollen Tagesordnung zum Opfer.

Matthias Dietze
bildungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion
matthias.dietze@stadtrat.dresden.de



© www.freepik.com/presfoto

Augustusbrücke auch für Stadtrundfahrt

Stadtrat muss Auftrag an Oberbürgermeister erteilen

VON STEFFEN KADEN,
WIRTSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER
CDU-FRAKTION



Durch einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2014 sollte die Augustusbrücke mittels Verkehrsberuhigung ein Flair ähnlich der Prager Karlsbrücke erhalten.

Nach Ende der Sanierung im Januar 2022 ist nun endgültig klar, sie bleibt eine normale Straßenbrücke ohne motorisierten Individualverkehr, auf der die StVO gilt. In der Öffentlichkeit gibt es seitdem eine breit angelegte Diskussion, ob die Brücke außer für Taxis, Straßenbahnen oder Ein-



satzfahrzeuge auch für Stadtrundfahrten befahrbar sein soll.

Wir sagen ganz klar ja. Die Augustusbrücke ist einer der herausragendsten touristischen Höhepunkte unserer Stadt. Als älteste Elbquerung der Stadt bietet sie einen einmaligen Blick auf die sie umgeben-

den Sehenswürdigkeiten und daher Geschichte zum Anfassen.

Es ist deshalb mehr als angemessen, auch Stadtrundfahrten und touristischen Reisebussen die Fahrt über die Brücke zu ermöglichen, um den Fahrgästen diesen wundervollen Anblick des Zentrums unserer Stadt bieten zu können.

Daher wollen wir per Stadtratsvotum Oberbürgermeister Dirk Hilbert dazu bewegen, die Nutzung der Augustusbrücke in beiden Fahrtrichtungen für Stadtrundfahrten sowie für Reisebusse mit Gästeführer zu ermöglichen.“

Steffen Kaden
wirtschaftspolitischer Sprecher
steffen.kaden@stadtrat.dresden.de

Konzept für öffentliche Toiletten in Dresden

Bestands- und Bedarfsanalyse muss her

VON MARIO SCHMIDT,
SPRECHER FÜR STADTENTWICKLUNG
CDU-FRAKTION



Das Netz aus öffentlichen bzw. öffentlich zugänglichen Toiletten hat in Dresden große Lücken. Teilweise wird seit Jahrzehnten über einzelne Standorte diskutiert,

doch Lösungen gibt es keine. Nur ein Beispiel ist der Wasaplatz in Strehlen.

Wenn zum Jahresende mit dem Auslaufen der Stadtwerbeverträge weitere 18 Standorte wegfallen, wird das Problem noch akuter. Denn niemand kann wollen,

dass dringende menschliche Bedürfnisse in Park- und Grünanlagen erledigt werden.

Bei der Neu- und Umgestaltung von Parkanlagen und Aufenthaltsflächen wurde der Bedarf an öffentlich zugänglichen Toiletten in der Vergangenheit insgesamt nur unzureichend berücksichtigt.

Das Rathaus muss schnell eine Bestands- und Bedarfsanalyse durchführen. Daraus ist dann, ähnlich dem Bankkonzept, bis zum Jahresende ein Konzept zu erarbeiten, wie bestehende Lücken im Angebots-



netz – auch unter Einbindung externer Partner – geschlossen werden können.

Das Toilettenkonzept soll zudem einen Rahmen bieten, um bei künftigen Sanierungen von Parkanlagen und Aufenthaltsflächen im Stadtgebiet auch

dieses Thema mit zu berücksichtigen. Wir haben dazu einen Antrag in den Stadtrat eingebracht.

Mario Schmidt
Sprecher für Stadtentwicklung
mario.schmidt@stadtrat.dresden.de